

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Matthias Strolz und Kolleg_innen

Betreffend bestmögliche Pädagog_innen-Ausbildung mit starkem Praxisbezug auf Hochschulniveau und einheitlicher Ressortzuständigkeit für die Pädagog_innenausbildung

Eingebracht im Zuge der Debatte zum TOP 14) Bericht des Rechnungshofes Reihe Bund 2014/10 betreffend Öffentliche Pädagogische Hochschulen

Der Rechnungshof stellt in seinem Bericht kritisch fest, dass die Lehrer_innenausbildung in Österreich parallel an bis zu 28 unterschiedlichen Ausbildungsstätten, 14 Pädagogische Hochschulen und 14 Universitäten stattfindet. Zudem wird die Problematik aufgezeigt, dass zumindest zwei Bundesministerien – nämlich BMBF und BMWFW – zuständig sind. Dies führt zu Doppelgleisigkeiten und Parallelstrukturen und in weiterer Konsequenz zu Mehrkosten. In diesem Zusammenhang hat der Rechnungshof bereits im Jahr 2009 in seinem Bericht „Lösungsvorschläge der Expertengruppe Schulverwaltung“ eine einheitliche Ressortzuständigkeit für die institutionalisierte Aus- und Fortbildung der Lehrer_innen empfohlen.

Unsere Lehrer_innen brauchen eine zeitgemäße und optimale Ausbildung. Die Pädagog_innenbildung NEU bringt hier neue Weichenstellungen, die wir größtenteils begrüßen (z.B. einheitliche Ausbildung für die Sekundarstufe 1). Die Umsetzung des neuen Gesetzes und die Zusammenarbeit der Universitäten und Pädagogischen Hochschulen funktioniert aber noch nicht in allen Regionen gut genug. Dabei wäre es dringend notwendig, in eine gelingende Gemeinsamkeit zu kommen. Denn der Schwerpunkt bei der Ausbildung an den Pädagogischen Hochschulen ist die pädagogische Ausbildung mit starkem Praxisbezug, der Schwerpunkt an den Universitäten ist die fachwissenschaftliche und fachdidaktische Ausbildung. Zweifelsohne braucht es jedoch für einen gelingenden Unterricht alle drei Säulen – Pädagogik, Fachdidaktik und Fachwissenschaft. Wir brauchen für die neue Pädagog_innenausbildung daher ein „Best of“ aus den beiden Systemen Pädagogische Hochschulen und Universitäten. Die Zusammenarbeit, so unsere Hypothese, wird auch dann besser gelingen, wenn die politische Ressortzuständigkeit endlich zusammengeführt wird. Mit Doppelgleisigkeiten, Parallelstrukturen und Segregation muss in der Bildung endlich Schluss sein.

Auch müssen Elementarpädagoginnen und Elementarpädagogen (derzeit mit nur einem Prozent leider unterrepräsentiert in österreichischen Kindergärten) gänzlich miteinbezogen und dieser wichtige Bereich endlich entsprechend aufgewertet werden.


Vor diesem Hintergrund stellen die unterfertigten Abgeordneten folgenden


ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

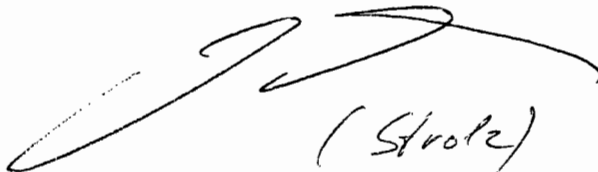
Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen und der Bundesminister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft werden aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, dass alle Bildungsagenden einem Ressort übertragen werden und alle Pädagoginnen und Pädagogen eine einheitliche, modulare fachwissenschaftliche, fachdidaktische und pädagogische Ausbildung mit starkem Praxisbezug auf Hochschulniveau erhalten, wodurch Segregation und Benachteiligungen betreffend Einsatzbereich und Besoldung hintangehalten werden können.“

 (MERNL-RESSOURCEN)

 (LOACKER)

 (Auer)

 (Strobl)